

„Manche Forderungen benötigen einen langen Atem“

Im Interview: der CSU-Abgeordnete Florian Hahn zum Kreuther Positionspapier seiner Partei

Die Bundeswehr: Die CSU bezeichnet sich gerne als „Partei der Bundeswehr“. Worin unterscheidet sich die CSU hier von den anderen Parteien?

Florian Hahn: Die CSU hat sich seit jeher für eine starke Bundeswehr als wesentlichen Teil nationaler Sicherheitsvorsorge eingesetzt. Bei unseren Parteitagungen oder Klausurtagungen sind innere und äußere Sicherheit stets Thema. Somit auch die Bundeswehr. Wir waren es, die in Zeiten, als Fragen der bedingten Einsatzbereitschaft aufgrund personeller und materieller Lücken in anderen Parteien noch unpopulär waren, auf den notwendigen Modernisierungsbedarf hingewiesen und im Bundestag für die Stärkung der Bundeswehr nachdrücklich Stellung bezogen. Ob in Bayern oder der CSU Landesgruppe in Berlin – wir stehen zur Bundeswehr.

Was wird die Regierungspartei CSU unternehmen, um die in ihrem jüngsten Positionspapier „Mehr Verantwortung übernehmen – Bundeswehr stärken“ beschriebenen Forderungen umzusetzen?

Manche Forderungen benötigen einen langen Atem. So haben wir in den letzten Jahren die notwendige Kehrtwende im Wehretat gefordert. Weiter sinkende Verteidigungsausgaben waren vor dem Hintergrund der sicherheitspolitischen Gesamtlage nicht angemessen und hätten sich aufgrund mangelnder Einsatzbereitschaft zu einem Sicherheitsrisiko entwickeln können. Im letzten Jahr hat die Verteidigungsministerin die Trendwende für den Einzelplan 14 eingeleitet, mit der jüngsten Ankündigung zur materiellen Modernisierung samt Investitionsvolumen von mindestens 130 Milliarden bis 2030, hat sie ihren Kurs untermauert. Dies wird eine weitere Erhöhung des Einzelplans 14 zur Folge haben. Agenda Rüstung, Agenda Attraktivität und jetzt der Weg zur strukturgerechten Ausstattung – all das ist ein starkes Signal für die Truppe, für den DBwV, aber auch für die CSU. Unsere konstant vorgebrachten Forderungen haben Erfolg!

Ist somit ihr Forderungspapier von der Klausurtagung in Kreuth schon erfüllt?

Wir sind auf einem guten Weg, aber es liegt noch einiges an Arbeit vor uns. Wir befinden uns in einem

günstigen Momentum. Selbst die Öffentlichkeit, die einer Erhöhung von Verteidigungsausgaben oft kritisch gegenüberstand, sieht nun aufgrund der Zunahme von Krisen und Konflikten die Notwendigkeit, Durchhaltefähigkeit und Robustheit der Bundeswehr zu stärken. Aktuell sind wir hierzu in Gesprächen mit unseren Koalitionspartnern. Die Erhöhung des Personalkörpers, die noch im Frühling erörtert werden soll, ist die nächste Stellschraube für die Steigerung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Die Verlängerung von ISAF, die Ausweitung der Einsätze im Nordirak oder Mali und am Horizont ist eine neue Ausbildungsmission für libysche Streitkräfte erkennbar. Erkennen Sie nicht die Überdehnung der Streitkräfte?

Deutschland muss seine Rolle in der internationalen Sicherheitsarchitektur übernehmen und leistet seinen Beitrag im Sinne der vernetzten Sicherheitspolitik, wo immer es notwendig ist. Aber trotzdem erkenne ich, dass die Vielzahl der Einsätze die Bundeswehr enorm belastet, in Teilen vielleicht sogar überlastet. Viele sehen nicht, dass hinter jedem Einsatzkontingent ein weiteres enormes Paket an Logistik, Führungsunterstützung und Verbindungswesen steht. Eine Überdehnung und weitere Zersplitterung ist sicherlich nicht zielführend. Im Gegenteil, es sollte geprüft werden, aus welchen der kleineren Einsätzen wir uns herausziehen können. Immer mehr mit immer weniger geht jedenfalls nicht!

Einerseits fordern Sie eine Konzentration der Bundeswehr auf ihre Kernaufgaben und den Rückzug aus der Flüchtlingshilfe, andererseits schlagen Sie eine Ausweitung ihrer Einsatzmöglichkeiten im Innern vor. Wie passt das zusammen?

Natürlich bleibe ich dabei: Die Bundeswehr muss sich wieder auf ihre militärischen Kernaufgaben konzentrieren. Im Schwerpunkt stehen die Einsätze, aber auch die Landes- und Bündnisverteidigung – die Amtshilfe zählt nicht dazu und darf keine Daueraufgabe sein. Deshalb habe ich mich seit Beginn der Flüchtlingshilfe für eine zeitliche Beschränkung der Amtshilfe ausgesprochen. Die von mir geforderte Einsatzausweitung widerspricht dem aber nicht. Landesverteidigung lässt sich heute nicht mehr auf die Außengrenzen beschrän-

ken, neue Bedrohungen, wie mögliche Terroranschläge, finden an der Schnittstelle von innerer und äußerer Sicherheit statt. Angesichts dieser komplexen Bedrohungsszenarien ist die strikte Trennung von innerer und äußerer Sicherheit – in Ausnahmesituationen – nicht mehr zweckmäßig. Bereits die Rüge-Kommission hat eine Prüfung und gegebenenfalls Anpassung der Wehrverfassung angeregt. Eine Grundgesetzänderung wäre für uns nur der folgerichtige Schritt.

Wirtschaft und öffentlicher Dienst melden einen zusätzlichen Bedarf an Arbeitskräften an. Ist der Dienst in der Bundeswehr langfristig attraktiv genug, um gegen die starken Mitbewerber auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu sein?

Klar ist, mit dem Personal steht und fällt die Einsatzbereitschaft. Auch wenn die Bewerberquote 2015 beachtlich gut war, müssen wir weiter an der Attraktivität der Bundeswehr arbeiten. Die von der Verteidigungsministerin initiierte Agenda Attraktivität geht in die richtige Richtung, aber wir müssen weiter am Ball bleiben, um auf dem Arbeitsmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Die vom DBwV formulierten weiteren Forderungen nach mehr Durchlässigkeit, dem Binnenarbeitsmarkt, aber auch verbesserte Förderungsmöglichkeiten für zivile Beschäftigte sowie Soldaten weisen in die richtige Richtung. Bei Mangelberufen wird man Kooperationsmodelle mit der Wirtschaft erarbeiten oder die Stärkung von Ausbildungseinrichtungen der Bundeswehr angehen müssen. Sicherlich wird die seitens des BMVg angekündigte Personalstrategie diese wie weitere Handlungsfelder definieren.

In Bayern ist die Verbindung von Bundeswehr, Gesellschaft und Politik besonders ausgeprägt, aber auch unser DBwV-Landesverband ist breit vernetzt. Wie nehmen Sie dieses Verhältnis wahr?

Es stimmt, dass wir in ganz Bayern ein hervorragendes Verhältnis zur Bundeswehr haben. Wir sind dankbar und stolz auf das, was beispielsweise in den Einsätzen sowie im Rahmen der Flüchtlingshilfe geleistet wird. Und unser Verhältnis zum DBwV ist hervorragend. Ich kenne keinen vergleichbaren Berufsverband, der derart kompetent und praxisnah für seine Mitglieder eintritt. Ob in der Staatskanzlei oder in unserem Außen- und Sicherheitspolitischen Arbeitskreis arbeiten wir konstruktiv zusammen. Als Abgeordneter begegne mir viele Interessenvertreter. Einige wollen auf sich aufmerksam machen und andere nur Fotos, aber der DBwV kommt stets mit einem klar umrissenen Forderungspapier. Er hat alle Themen im Blick und ist für die zivilen Beschäftigten sowie Soldaten ein erstklassiger Berufsverband mit einer auch bald 60-jährigen Geschichte.



Florian Hahn
MdB CSU

© Deutscher Bundestag/ Stella von Saldern

Weckruf aus Kreuth

„Die Welt ist in den letzten zwei Jahren ein Stück weit aus den Fugen geraten“ – mit dieser Begründung beginnt das Positionspapier „Mehr Verantwortung übernehmen – Bundeswehr stärken“ der CSU. Es wurde auf der Klausurtagung Anfang Januar in Wildbad Kreuth erarbeitet. Die Autoren fordern unter anderem eine signifikante Erhöhung des Verteidigungsetats und eine substantielle personelle Aufstockung. Dazu sollen die Kooperationen im Bündnis verstärkt werden. Schließlich regt die CSU die Erarbeitung eines nationalen Sicherheitskonzepts an. Mehr Infos unter www.bit.ly/1OhyOSS

Auch „Seeheimer Kreis“ der SPD will Bundeswehr stärken

Der „Seeheimer Kreis“, eine einflussreiche Gruppe in der SPD, hat ebenfalls Verbesserungen für die Bundeswehr angemahnt. Alle Sicherheitsbehörden sollen gestärkt werden, aber besonders bei der Bundeswehr werden die Seeheimer konkret: Sie fordern unter anderem die Aufstockung auf mindestens 200.000 Soldaten, generelle Anhebungen der unteren Besoldungsstufen, Aufhebung der Laufbahnbeschränkungen, flexible Lösungen zur Abgeltung von Überstunden sowie die Auflösung des Beförderungsstaus. Infos unter www.bit.ly/1U5CPB4